

Keine neuen EEG-Subventionen mehr!

Es wird immer teurer: Die Umlage nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) steigt schon wieder und liegt im nächsten Jahr bei 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Mit rund 24 Milliarden Euro werden die Betreiber von Ökostromanlagen nächstes Jahr gefördert. Alles aus den Portemonnaies der privaten, gewerblichen und industriellen Stromkunden. Ist die Industrie nicht entlastet? Nein. Für die Hälfte des Industriestroms in Deutschland ist die volle EEG-Umlage fällig. Nur zwei Prozent der Industriebetriebe sind entlastet. Ein riesiger Wettbewerbsnachteil!

Aber: Die Hessen wollen doch angeblich die Energiewende. 89 Prozent der Befragten hielten die Energiewende in Deutschland Ende vergangenen Jahres für „wichtig“ oder „sehr wichtig“. Diese Umfrage führt die hessische Landesregierung an, um den subventionierten Ökostromausbau voranzutreiben. Die Landesregierung bejubelt jedes neue Windrad. Kostet es, was es wolle.

Kostet es, was es wolle?! Nein. Die Landesregierung vergisst ein weiteres Ergebnis derselben Umfrage: 88 Prozent der Befragten finden es „wichtig“ oder „sehr wichtig“, dass die Energie für sie nicht mehr teurer wird. Bürger und Betriebe wollen günstigeren Strom. Doch der Staat verteuert Strom seit Jahren, ohne dass dies hilft, Klimaziele besser zu erreichen.

Dabei kommt der Großteil der Kosten der Energiewende noch. Eine Studie der Uni Düsseldorf zeigt: Bis 2015 kostete die Energiewende pro Einwohner noch weniger als 10 Euro im Monat. Im Zeitraum 2016 bis 2025 werden dies jedoch rund 37,50 Euro pro Monat und Einwohner sein. Für eine Familie mit zwei Kindern sind das monatlich 150 Euro. Was für Bürger ein Ärgernis ist, kann für Unternehmen existenzgefährdend sein.

VLADIMIR VON SCHNURBEIN

kritisiert die hohen Stromkosten durch die EEG-Umlage, unter denen vor allem der Mittelstand leide.



Der Autor (36) ist Referent für Energiepolitik bei der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU).

Viele Bäckereien zahlen bei der Herstellung von Brötchen heute mehr für den teuren Strom als für Mehl. Ihre Konkurrenz, die Discounter, produzieren im Ausland. Dort ist Strom günstiger, weil es kein EEG gibt.

Am meisten leiden mittelständische Industriebetriebe unter dem EEG. Das Sattler Kunststoffwerk in Mühlheim am Main färbt Kunststoff, etwa für Kugelschreiber oder Füller. Jedes Jahr verbraucht der Betrieb mit 22 Mitarbeitern etwa eine Million Kilowattstunden Strom. Von 2010 bis 2015 haben sich die Stromkosten des Familienunternehmens von 110 000 Euro auf 224 000 Euro mehr als verdoppelt. Schuld ist vor allem die EEG-Umlage. Durch den Kostenanstieg hat sich das Budget für neue Maschinen, aber auch für Lohnerhöhungen halbiert.

Ein weiteres Beispiel ist Morton Extrusionstechnik aus Abtsteinach im Odenwald. Die Firma ist Weltmarktführer bei Kunstrasenfasern für Sportplätze. Messi und Co. trainieren auf hessischem Geläuf. 95 Prozent der 1500 Tonnen Jahresproduktion werden exportiert. Weil man für die Herstellung der Fasern sehr viel Strom braucht, muss der Familienbetrieb mit 220 Mitarbeitern nicht die volle EEG-Umlage bezahlen. Dennoch kann von einer „EEG-Befreiung“ keine Rede sein: Rund 400 000 Euro EEG-Umlage zahlt das Unternehmen im Jahr. Der Strompreis liegt bei rund elf Cent je Kilowattstunde. Die Konkurrenz in den USA zahlt nur etwa vier Cent. Morton kann sich nur durch innovative Produkte behaupten. Das wird immer schwieriger, je höher die Energiewendekosten steigen.

Durch das jüngst novellierte EEG werden die Kosten zur Subventionierung des Ökostroms auf bis zu 33 Milliarden Euro im Jahr 2025 ansteigen. Das zeigt eine aktuelle Kostenabschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Schon heute ist die Schmerzgrenze bei vielen Bürgern und Betrieben überschritten. Deshalb sollte die Politik umsteuern: Für neue Windräder und Solaranlagen sollten keine Subventionen mehr zugesagt werden. Klimapolitik geht günstiger, wenn sie marktwirtschaftlich und europäisch gestaltet ist. Und für die bereits zugesagten Einspeisevergütungen brauchen wir eine andere Finanzierung: Sie sollten – zumindest teilweise sowie im Rahmen der Schuldenbremse und ohne neue oder höhere Steuern – über den Bundeshaushalt abgezahlt werden.